O-02 Kein Fußbreit dem Faschismus – 10 Punkte für unsere Demokratie!

Antragsteller*in:	Maximilian Meier (KV München)
Tagesordnungspunkt:	O TOP 02 - Verantwortung übernehmen, Orientierung geben, Vertrauen gewinnen
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

Die Bundesversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möge beschließen:

Der Rechtsextremismus ist gegenwärtig die größte Gefahr für unsere Freiheit, unsere Demokratie und die Achtung der Menschenwürde. Rechtsextreme Kräfte rüsten auf, verbreiten Angst und Schrecken und gelangen zunehmend an die Hebel der Macht.

Gemeinsam stehen wir vor einem Scheideweg zwischen einem entschlossenen Kampf für die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Grundgesetzes oder einem unverzeihlichen Wiederholen der Fehler der Vergangenheit. Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen wir den Kampf gegen den Rechtsextremismus zu einer prioritären Angelegenheit und konzentrieren unsere Bemühungen auf den Schutz von Freiheit, Demokratie und Menschenwürde.

Hierzu nehmen wir wissenschaftliche Erkenntnisse aus dem Bereich der Extremismusprävention und Demokratieforschung ernst. Wir wissen, dass Menschen, die ihr Leben als sinnerfüllt, bedeutungsvoll und selbstbestimmt wahrnehmen, resilienter gegenüber extremistischen Verheißungen sind. Wir sind uns bewusst, dass Menschen, die Selbstwirksamkeit erfahren, sich gesellschaftlich zugehörig empfinden, regelmäßig Anerkennung erhalten und dank schulischer Bildung besser mit einer komplexen Welt umgehen können, weniger zu extremistischen Einstellungsmustern neigen. Aus diesem Grund erklären wir politische Maßnahmen, die Selbstwirksamkeit ermöglichen, Geselligkeit erhalten, Anerkennung verleihen und schulische Bildung fördern, zu einer politischen Priorität für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Aus diesem Grund appellieren wir an politische Entscheidungsträger*innen aller Ebenen, von kommunalen Ratsmitgliedern bis zu Mitgliedern des EU-Parlaments, sich auf ihren jeweiligen Ebenen prioritär einzusetzen für:

- eine ausreichende Förderung unserer Vereinskultur und eine umfassendere Anerkennung von sozialem Engagement und Ehrenamt;
- eine gesicherte Finanzierung der Breitenkultur und gesellschaftlicher Begegnungsorte trotz klammer Kassen;
- eine weitere Stärkung von Demokratie- und Informationskompetenzen im Rahmen schulischer Lehrpläne sowie eine auskömmliche Förderung von Demokratieprojekten und Extremismuspräventionsarbeit;
- mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit im Rahmen demokratischer Gesetzgebung sowie eine wirksamere Bürgerbeteiligung;
- eine schärfere Regulierung von Sozialen Netzwerken im Hinblick auf polarisierende und manipulative Algorithmen.

Neben diesen inhaltlichen Stellschrauben, die das demokratische Fundament sowie die Resilienz unserer freien Gesellschaft stärken sollen, übernehmen wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Verantwortung für die effektive Verteidigung unseres demokratischen Zusammenlebens gegenüber ihren Feind*innen.

Deshalb erarbeiten wir praktische Sofortmaßnahmen für unsere wehrhafte Demokratie und setzen uns ein für:

- die Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens gegen die sogenannte „Alternative für Deutschland“ (AfD) über einen Bundesratsantrag mit Unterstützung grün-regierter Bundesländer;
- die Organisierung breit angelegter zivilgesellschaftlicher Bündnisse zum Schutz unserer pluralistischen Gesellschaft;
- die Einführung Community-basierter Ansätze, um die Präsenz demokratischer Kräfte und den gesellschaftlichen Zusammenhalt dauerhaft mit niederschwelligen Angeboten zu stärken;
- die Etablierung von überregionalen Patenschaften zwischen Kreisverbänden, um die grüne Präsenz in Wahlkämpfen flächendeckend auszubauen;
- die Gründung kommunaler Netzwerke und Partnerschaften zur Unterstützung von Vereinen, Kulturschaffenden und Organisationen, die insbesondere nach den letzten Landtagswahlen, Repressalien von rechtsextremen Vorfeldorganisationen fürchten müssen.

Begründung:

> Weltweit erleben wir eine Erosion freiheitlicher Demokratien. Deutschland ist nicht davor verschont – im Gegenteil. Wahlumfragen mit Rekorden für die in vielen Bundesländern als gesichert rechtsextremistisch eingestufte AfD scheinen kaum noch jemanden zu überraschen. Immer häufiger geht es bei Wahlen darum, die AfD nicht zur stärksten Partei werden zu lassen. Die

rasante Radikalisierung dieser Partei hat ihre Wähler*innen-Potenziale keineswegs geschmälert.

Gleichzeitig wirkt die demokratische Öffentlichkeit hochgradig verunsichert und teilweise ratlos, Antworten auf die konkrete Bedrohung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu finden. Während sich manche Konservative mit Rufen nach Zusammenarbeit mit den Rechtsextremen lautstark bemerkbar machen, wird der Raum für eine kritische Zivilgesellschaft und progressive Opposition oft auf das bloße Reagieren auf erneute Grenzüberschreitungen verengt.

Der Erfolg rechtsautoritärer Antworten in unserer Gesellschaft ist auf vielschichtige Ursachen zurückzuführen. Keine Antwort auf dieses komplexe Problem kann monokausal sein. Jedoch zeigen die jüngsten Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, dass es der AfD mittlerweile durch breite emotionale Identifikation gelingt, weit über ihre angestammten Wählerpotenziale hinaus hinzuzugewinnen. Der gemeinsame Nenner dieses Wahlerfolgs ist ein vermitteltes Gefühl von Gemeinschaftssinn und Kontrolle.

Forschung und Studien deuten darauf hin, dass eine im Zuge multipler Krisen weit verbreitete Angst vor Kontrollverlust über das eigene Leben ein sehr entscheidender Faktor für die Empfänglichkeit gegenüber extremistischen Angeboten darstellt.[1];[2];[3] Aufgrund der kultur- und situationsbedingten hohen Verfügbarkeit rechtsautoritärer Narrative profitieren hiervon in Deutschland vor allem rechtsextremistische Parteien.[4];[5] Studien zeigen aber auch, dass Menschen, die ihr Leben als sinnhaft und gestaltbar begreifen, resilienter gegenüber rechtsautoritären Versuchungen sind.[6]

Eine demokratische Antwort muss diese psychologischen Grundbedürfnisse adressieren und den vorpolitischen Raum stärker mitdenken. Denn gerade dort, in Vereinen, Nachbarschaften und Dorffesten erfahren Menschen Selbstwirksamkeit, Zugehörigkeit und Anerkennung. Entscheidend ist, dass Menschen, die ihr Leben als gestaltbar wahrnehmen, regelmäßig Anerkennung erhalten und sich einer Gemeinschaft zugehörig fühlen, ihr Leben als sinnerfüllter erleben und in der Folge weniger anfällig für die die Anziehungskraft autoritärer Ideologien sind.

Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen wir nicht nur die Gefahr des Rechtsautoritarismus analysieren, sondern konkret gegensteuern. Wir sind oftmals Zielscheibe rechtsextremer Gewalt oder Einschüchterungsversuche, haben zugleich aber als Partei eine herausgehobene Verantwortung für die Stärkung unseres demokratischen Fundaments im Kampf gegen ihre Feind*innen. Deshalb loten wir alle Handlungsmöglichkeiten aus, die uns und unseren Vertreter*innen auf allen politischen Ebenen zur Verfügung stehen, um dem Rechtsautoritarismus die Grundlage zu entziehen. Dazu gehören neben Initiativen in den Parlamenten, auch praktische Unterstützung und Organisierung vor Ort. Die oben aufgeführte Aufzählung soll bewusst keine abschließende sein, sondern ein Startpunkt, sich als Partei, strategisch und strukturell auf unsere wichtigste Aufgabe dieser Zeit aufzustellen, die Verteidigung unserer freiheitlichen Demokratie.

Einfache Sprache

Übersetzt mithilfe von KI von "Barrierefreies Design":

Gefahr durch Rechtsextremismus

Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für Freiheit und Demokratie.
Rechtsextreme Gruppen verbreiten Angst und bekommen mehr Macht.

Kampf für Demokratie

Wir müssen die Demokratie schützen. Wir wollen nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist uns sehr wichtig.

Wissenschaftliche Erkenntnisse

Menschen mit Sinn im Leben sind weniger anfällig für Extremismus. Wer sich selbstwirksam fühlt, ist zufriedener in der Gesellschaft. Anerkennung und gute Schulbildung helfen gegen Extremismus.

Politische Maßnahmen

- Wir wollen Maßnahmen für Selbstwirksamkeit und Anerkennung.
- Wir fördern Vereine und Ehrenamt.
- Wir stärken die Demokratie in der Schule.
- Wir wollen mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz.
- Soziale Netzwerke sollen besser kontrolliert werden. Polarisierende und manipulative Algorithmen sollen weniger werden.

Verteidigung der Demokratie

Wir übernehmen Verantwortung für die Demokratie. Wir planen Sofortmaßnahmen für den Schutz der Demokratie.

Konkrete Maßnahmen

- Wir wollen ein Verbot der AfD überprüfen lassen.
- Wir organisieren Bündnisse für den Schutz der Zivilgesellschaft.
- Wir fördern Zusammenhalt mit einfachen Angeboten.
- Wir bauen grüne Präsenz in Wahlkämpfen aus.
- Wir unterstützen Vereine und Kulturschaffende gegen Rechtsextreme.

Begründung

Antragstellende: Bernhard Schüßler und Maximilian Meier

Transparenzhinweis: Begründung im Antragstext.

weitere Antragsteller*innen

Bernhard Schüßler (KV München-Land); Claudia Köhler (KV München-Land); Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land); Eva Lettenbauer (KV Donau-Ries); Marie-Christine Scholz (KV Regensburg-Stadt); Alexander Gleichauf (KV München); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Alexander Schiller (EKV München); Andrea Schulte-Krauss (KV Starnberg); Richard Weiss (KV München); Gabriele Graswald-Vidovic (KV München); Vik Spanier (KV München); Paul Handel (KV München); Stephanie Hayward-Schneider (KV München); Florian Hartl (KV München); Nimet Gökmenoglu (KV München); André Männel (KV Fürstenfeldbruck); Thomas Schäfer (KV München); Katharina Wittig (KV München); sowie 105 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.